

# Heftige Kritik an Melde-Portal für Steuersünder

**Finanzen** Eine Website in Baden-Württemberg ermöglicht Whistleblowern anonyme Hinweise. CDU und FDP sprechen von „Denunziantentum“ und „Blockwart-Mentalität“.

Der baden-württembergische Finanzminister Danyal Bayaz (Grüne) steht wegen der bundesweit ersten anonymen Meldeplattform zur Ermittlung von Steuerbetrügern in der Kritik. Union, FDP und AfD warfen den Grünen vor, der „Steuerpranger“ ermuntere Menschen dazu, ihre Nachbarn denunzieren. CSU-Generalsekretär Markus Blume twitterte, die Grünen wollten „Denunziantentum fördern und Misstrauen unter Nachbarn säen“. Der Unions-Fraktionsvize im Bundes-

tag, Thorsten Frei, warnte: „Da zeigt sich schon jetzt einmal, wo die Reise mit rot-grün-roter Regierungsverantwortung hingehen würde.“ Der baden-württembergische FDP-Chef Michael Theurer, sagte zu „Bild“: „Diese Art von Blockwart-Mentalität verändert unsere Gesellschaft zum Schlechten.“

Bayaz wies die Vorwürfe entschieden zurück. „Steuerhinterziehung ist ein Schlag ins Gesicht für alle, die ehrlich ihre Steuern zahlen“, sagte er. Schon bisher seien anonyme Anzeigen möglich, per Brief oder Telefon.

„Im Jahr 2021 sollte das aber auch online gehen.“ Steuerhinterziehung koste Deutschland etwa 50 Milliarden Euro im Jahr. Das Portal sei für „relevante Fälle von Steuerbetrug“ gedacht.

Der Bundeschef der Deutschen Steuergewerkschaft, Thomas Eigenthaler, hält die Debatte für fehlgeleitet. „Im Grunde ist es ein neues Medium, das möglicherweise Hürden für Hinweise abbaut. Aber am inhaltlichen Vorgehen der Finanzbehörden wird sich nichts ändern“, sagte Eigenthaler dieser Zeitung. Laut Jesko Trahms,

Compliance-Experte bei der Hamburger Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO Legal, werden Plattformen für anonyme Hinweisgeber bald Standard: Die Einrichtung von Whistleblower-Meldesystemen werde aufgrund einer EU-Richtlinie nicht nur für Bundes- und Landesbehörden verpflichtend: „Das wird auch alle Kommunen ab 10 000 Einwohnern und alle Unternehmen ab 250 Mitarbeitern betreffen“, sagte Trahms dieser Zeitung. *dpa/rol*

**Kommentar und  
Südwestumschau**